

Liebe Kollegin, lieber Kollege von der Post!  
Solltest du diese Zeitung nicht zustellen können, sende sie bitte an den Absender zurück!

# Wir FavoritnerInnen

## Bezirksblatt der KPÖ-Favoriten mit Simmering-Nachrichten

Mai 2014

Erscheinungsort: Wien  
Verlagspostamt: 1100 Wien  
Österreichische Post AG  
Info.Mail Entgelt bezahlt

Impressum:  
Eigentümerin, Verlegerin: KPÖ-Wien  
1140 Wien, Drechslergasse 42

### Wir stehen auf! Hypo-Haftungsboykott jetzt!

Martin Ehrenhauser zur Frage, warum er die ORF-Wahldiskussion verließ

Wir akzeptieren nicht mehr, dass die Menschen in diesem Land für Dinge geradestehen und bezahlen sollen, die über ihre Köpfe hinweg entschieden wurden. EUROPA ANDERS fordert daher eine Volksabstimmung über einen Haftungsboykott: Ein sofortiges Ende von Zahlungen an die Hypo-Gläubiger, die Annullierung der Landeshaftungen sowie ein Verbot von Gemeinde-, Landes- und Bundeshaftungen für Banken im Allgemeinen.



Der derzeit von der parlamentarischen Opposition geforderte U-Ausschuss zum Hypo-Debakel ist nötig, aber längst nicht genug. Wir müssen nicht nur die Vergangenheit aufklären, sondern die akute Bedrohung für unseren Staatshaushalt und die Sozial- und Bildungsausgaben abwenden. Auf EU-Ebene sowie in Österreich müssen wir unterbinden, dass ähnliche Fälle in Zukunft wieder passieren können.

Ein Haftungsboykott mag drastisch erscheinen, ist aber angesichts der katastrophalen

und folgeschweren Fehlentscheidungen der Vergangenheit eine angemessene Reaktion. In unserem Namen, aber ohne unsere Einbeziehung wurden milliardenschwere Haftungen und somit unkalkulierbare Risiken eingegangen – ermöglicht und begünstigt durch Korruption, Intransparenz und mangelnde gesetzliche Regelungen, und schlussendlich durch die Nacht- und Nebel-Notverstaatlichung auf uns alle abgewälzt. Wir akzeptieren diese Haftungen nicht.

Funktionierende Bildungs- und Pensionssysteme und unser Sozialstaat an sich, für den nun bis zu 18 Mrd. Euro schmerzlich fehlen werden, sind uns wichtiger als die Vermögen der Hypo-Spekulanten. Das Vertrauen der Bevölkerung darauf, dass unsere Regierung unsere Interessen vertritt und nicht die einer kleinen Gruppe, muss wiederhergestellt und gesichert werden – nicht das Vertrauen von Investoren in die Zusicherungen korrupter Politiker.

„Meine Empörung richtet sich gegen die wachsende Ungerechtigkeit in der EU, nicht gegen den ORF – ich entschuldige mich beim Moderator für die unvorhergesehene Situation“, stellt Ehrenhauser klar.

# Sparen bei der Ganztagschule?

## Der Österreichische Frauenring fordert Gender Budgeting - auch bei Sparmaßnahmen!

Finanz- und Wirtschaftskrise und das Hypo-Desaster haben zu enormen Belastungen des Staatshaushaltes geführt. Der Sparkurs trifft auch den Bildungsbereich. Dort soll bei den Ganztagschulen gespart werden. Ein Beispiel unter vielen, das Frauen besonders hart trifft: Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist gerade für Frauen immer noch eine Hürde auf dem Weg zur faktischen Gleichstellung. Das in der Verfassung verankerte Gender Budgeting erfordert eine Analyse aller budgetären Maßnahmen - also auch sämtlicher Sparmaßnahmen - auf ihre geschlechtsspezifische Wirkung.



## Entlastung der Frauen statt Entlastung der Banken

Frauen in Österreich sind häufiger von Armut betroffen, verfügen über weniger Einkommen und tragen die Hauptlast unbezahlter Betreuungsarbeit, sie sind somit besonders stark auf öffentliche Leistungen angewiesen. Dies betrifft die soziale Infrastruktur für Kinderbetreuung oder Pflege, das Angebot ganztägiger Schulformen ebenso wie Beratungsangebote für Frauen.

## Der Frauenring fordert daher:

1) Kein Sparen auf dem Rücken von Müttern und Kindern - mehr Geld für Kinderbetreuung und Ganztagschulen! Konjunkturmaßnahmen, die existenzsichernde Arbeitsplätze schaffen und Frauen entlasten. Dazu gehören der dringende Ausbau und die Qualitätsverbesserung im Bereich Kinderbetreuung, Ganztagschulen und Pflege sowie mehr finanzielle Mittel, um die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten zu verbessern.

2) Halbe-Halbe hilft Sparen und fördert die faktische Gleichstellung von Frauen und Männern! Anreize für eine ausgewogene Ver-

teilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen den Geschlechtern wie Förderung von Väterkarenz und gleicher Arbeitszeit sowie Beseitigung von Systemen, die eine unausgewogene Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern fördern. Dabei sind teilweise auch Einsparungen möglich, die frei werdenden Mittel sind für die partnerschaftliche Arbeitsteilung einzusetzen.

3) Kein Kaputt-Sparen von Beratungseinrichtungen und mehr Förderung von Frauen in Kultur und Medien! Ausreichende Ressourcen für frauenspezifische Unterstützungsangebote wie Beratung, Aus- und Weiterbildung sowie Förderung von Initiativen, die das künstlerische Schaffen von Frauen im ORF, sonstigen Medien und Einrichtungen sichtbar machen. "Gender Budgeting steht seit 2009 am Papier - sogar am Verfassungs-Papier! Papier ist bekanntlich geduldig, wir haben mittlerweile aber die Geduld verloren", so Christa Pözlbauer, Vorsitzende des Österreichischen Frauenrings.

---

## Das war der 1. Mai in Wien

Traditionell ist der Treffpunkt vor dem Republik-Denkmal von Alfred Hridlicka bei der Albertina.

Der Demonstrationzug stand ganz im Zeichen gegen den 12-Studentag und fand seinen Abschluss vor dem Parlament.



Die Erste Mai Feier der KPÖ-Favoriten war wieder ein voller Erfolg. Fritz Nußböck, Favoritner Liedermacher (der sich derzeit oft im Exil im Waldviertel aufhält) präsentierte ein Programm mit alten und neuen Liedern und Texten, das viel Applaus erhielt.

## Krankenkassen:

### Firmen schulden 920 Mio. Euro

Österreichische Unternehmen schulden den Gebietskrankenkassen insgesamt 920 Millionen Euro. Das geht aus einer Anfragebeantwortung durch Sozialminister Rudolf Hundstorfer (SPÖ) hervor. Die größten Rückstände musste mit 360 Mio. Euro die Wiener Gebietskrankenkasse verzeichnen.

Mit Ende 2013 betragen die Beitragsrückstände der Arbeitgeber laut Angaben des Hauptverbands der Sozialversicherungsträger 920 Mio. Euro. Am stärksten betroffen ist mit 360 Mio. Euro die Wiener Gebietskrankenkasse, gefolgt von der GKK Oberösterreich mit 165,9 Mio. Euro und der GKK Niederösterreich, die 118,7 Mio. Euro an Außenständen beklagte.

### „Fahrlässige“ Zahlungsmoral oder bewusster Betrug?

SPÖ-Gesundheitssprecher Erwin Spindelberger kritisierte: „Die Zahlungsmoral der Unternehmer ist fahrlässig.“ Wir die KPÖ sind der Meinung dies ist nicht fahrlässig, sondern Betrug an der Allgemeinheit und gehört auch als solche geandert.

SPÖ Sozialminister Hundstorfer will jetzt erst eine Arbeitsgruppe einrichten, die sich mit dem Sozialbetrug durch Scheinfirmen bzw. mit der Früherkennung von Scheinfirmen weitergehend befassen wird. Doch warum erst jetzt? Dieses Problem gibt es seit Jahren und seit Jahren wird am Patienten gespart, weil die Unternehmer Geld vorenthalten.

## Kärntner Hypo-Pleite:

# Die Profiteure

### Nicht alle zahlen bei der Hypo Alpe Adria drauf: Hedgefonds, Spekulanten, Bundesländer und andere Banken dürfen sich über schöne Gewinne freuen.

Die Hypo Alpe Adria wird jetzt in der geplanten „Anstalt“ abgewickelt, das wird die österr. Steuerzahler insgesamt zwischen 13 und 19 Mrd. Euro kosten. Es gibt aber nicht nur Verlierer. Geld verschwindet nicht, es wechselt nur den Besitzer. Eine Reihe von Leuten können sich über schön gewachsene Kontostände erfreuen. Einige Banken und Bundesländer werden sich zulasten der Steuerzahler mehr als eine Mrd. Euro erspart haben.

### Profitable Anleihen

Ganz spannend wird es bei den landes- und staatsgarantierten Anleihen: Die Hypo hat sich in sehr hohem Ausmaß über landesgarantierte Anleihen refinanziert. Die Käufer dieser Anleihen (überwiegend Fonds, Banken und andere institutionelle Investoren) werden durch die Garantie vor Verlusten geschützt.

Es kommt aber noch besser: Diese Anleihen sind auch gehandelt worden. Und zwar, weil die Bank de facto pleite war, zu drastischen Abschlägen.

Nach dem Absturz wechselten Hypo-Anleihen zu 20 bis 30 Prozent des Nominalwerts den Besitzer. Sie werden, falls die Regierung die Anleihehaber nicht

## Verkehrshölle - Verteilerkreis

Derzeit ist der Verkehrskreis eine Großbaustelle und Verkehrshölle. Nach Fertigstellen der U1-Bahnstation „Neues Landgut“ ist nach Medienberichten dort ein neues Bezirkszentrum mit Bürohoch- und Wohnhäusern und Einkaufszentren geplant. Dass die verlängerte U1 Immobilienhaie anzieht, ist verständlich, wenn auch nicht zu begrüßen. Es handelt sich aber in diesem Fall um die Asfinag, die Straßenbaugesellschaft, die sich im Besitz der Republik befindet, was die Sache nicht besser macht.

Der Verteilerkreis ist schon jetzt durch die An- und Abfahrt zur Tangente voll ausgelastet. Bei wichtigen Spielen im Horrstadion bricht regelmäßig Chaos aus. Wie sollen da hunderte Büros und Wohnungen als zusätzliche Verkehrserreger Platz haben? Weiters soll die Fachhochschule (campus) zwischen Verteilerkreis und Alaudagasse ausgebaut werden. Das ist begrüßenswert. Doch was geschieht mit den umgebenden Grünflächen, mit den Schrebergärten in der nächsten Umgebung, die schon jetzt leiden? Hauptsache die Stadtregierung kann ein neues Großprojekt vor der nächsten Gemeinderatswahl ankündigen. Da spielen solche Kleinigkeiten natürlich keine Rolle.



doch zu freiwilligen Verzichten bewegen kann, aber zu hundert Prozent getilgt. Kurzum: Einem Hedgefonds, der rechtzeitig Hypo-Anleihen zugekauft hat, dem legt der Steuerzahler demnächst das Drei- bis Fünffache seines Einsatzes drauf. Ein einträgliches Multimillionengeschäft.

Dem Haftungsverbund der Hypos erspart die jetzt favorisierte Anstaltslösung rund 1,3 Mrd. Euro. Profiteure sind die anderen Landeshypos und deren Eigentümer, also die meisten Bundesländer (besonders Tirol, Vorarlberg und Niederösterreich) sowie Raiffeisen als Miteigentümer einiger Hypos. Auch diese Summe wird de facto den Steuerzahlern umgehängt.

Schon im Trockenen sind die Gewinne der berühmt gewordenen Investorengruppe um Tilo Berlin. Die Investoren (rund 100 Geldmenschchen aus dem Kärntner und steirischen Landadel sowie der Wörthersee-Industrieschickeria samt Flick-Stiftung) haben Jörg Haider bzw. seiner Landesbank mit einem vorübergehenden Einstieg aus der Eigenkapitalpatasche geholfen und dafür einen völlig risikolosen schnellen 150-Mio.-Euro-Gewinn eingesteckt.

## Nachrichten aus dem Beisl

„Wo da Pepi so lang bleibt“, fragt Franz und mischt die Tarockkarten noch einmal.

„Ma glaubt's fast ned“, sagt Bertl, „owa der is amoi ned untawegs, wäu a wem helfen wü, sondern der is feiern, wäu seine Kolleginnen und Kollegen vom Gewerkschaftlichen Linksblock ganz sche zugschlagen haben. De ham jetzt scho mehr Mandate als bei den letzten Arbeiterkammerwahlen, obwohl no drei Länder ausständig san.“

„Da gwinnans a no Mandate, sovü is sicha“, meint Michi.

„Owa kaum san de halberten Wahlen vorbei, druckens uns so den 12 Studentag aufs Aug, sche auspackelt von da ÖVP und da SPÖ, wäu de Unternehmer kane Überstunden zahln woin. Wann ma gegen die hohe Arbeitslosigkeit was tun wü, muaß ma de Arbeitszeit verkürzen und ned verlängern.“

„Mei Großvoda is scho auf de Straßn gangan wegen der Arbeitszeit, und durchgsetzt habns as. 8 Stunden Arbeit, 8 Stunden Freizeit und 8 Stunden, damit's am nächsten Tag wieder ausgrast in de Hockn geh kannst“, ereifert sich Bertl.

„Ka Wunda“, sagt Franz, „unsa Regierung versucht uns jo imma mehr aufezdividieren, de braucht des Göd für de Hypo, für uns is kans do.“

„A Wohnbauoffensive hams versprochen, aber der Wohnbauförderbetrag wird jetzt scheinbar a für de Hypo braucht“, meint Bertl.

Die Tür öffnet sich und Kurtl kommt herein. „Griaß eich olle mitanander. Eva bitte, a klans Bier. Für eich hab i a Nachricht“, wendet er sich an die Kartenspieler, „i hab den Pepi troffen, er is aufgehalten wurn wegn ana Zinsschicht. Aber er kommt bald.“

Und wirklich. Zwei Minuten später kommt Pepi ins Lokal. „Leutln des glaubt's ned .Triff i den Joschi. Der wohnt da oben an der Raxstraßen. De ham vor einiger Zeit a Schreim von Wiener Wohnen kriagt, dass eana Bau saniert wird. Des is der Bau neben dem Jaureshof, wo der Schuaster und des Blumengschäft drinn is. Ab 1. Februar miassens erhöhten Zins zahln, bis 75 %. Sie zahln seit Februar, jetzt ham ma April, saniert wird nix. Die ersten Leit überlegen scho, obs ausziagn sollen, wäu sa si des ned leisten kennan. Da muaß ma was tuan.“

„Jetzt tuast was bei mir“, sagt Franz, „heb o.“ Und endlich beginnt das Kartenspiel.

### Nein zur Erhöhung der Kategorie- und der Richtwert-Mieten

Wie vor wenigen Tagen bekannt wurde, kommt es demnächst in ganz Österreich zu beträchtlichen Mieterhöhungen. Die Kategoriemieten (bei Verträgen vor 1994) werden ab April um durchschnittlich 5,5% steigen, die Richtwertmieten (bei

Verträgen nach 1994) um durchschnittlich 4,6%. Didi Zach, Landessprecher der KPÖ-Wien: "Der Kategorie-Mietzins für die Kategorie A ist damit von 2,77 Euro im September 2006 auf 3,43 Euro ab April 2014 angestiegen, d.h. innerhalb von 8 Jahren hat sich der Kategorie-Mietzins um 24 Prozent erhöht."

Auch die Richtwertmieten wurden in den letzten Jahren laufend erhöht. 2008 gab es eine Erhöhung der Richtwertmieten um 2,2 Prozent, 2010 eine weitere Erhöhung um 3,8 Prozent und 2012 um 5,1 Prozent.

Zach: "Die Beseitigung des 1994 von der damaligen rot-schwarzen Regierung geschaffenen Richtwerte-Systems ist dringend notwendig, denn das ganze Richtwerte-System, mit dem undurchsichtigen Zuschlagssystem, nutzt nur den Spekulanten. Darüber hinaus braucht es die Entkoppelung der Mietzinse vom Preisindex und die Wiederaufnahme des sozialen Wohnbaus durch die Gemeinde Wien. Und die Befristung von Mietverträgen, welche ebenfalls erst seit 1994 möglich ist, gehört abgeschafft, denn 2/3 aller Wohnungen werden nur mehr befristet angeboten."

## Bücher zum -Preis

rund 3500 Bücher  
zu 3,5 Euro  
pro Kilogramm

Donnerstag, 12. 6. 2014  
bis  
Samstag, den 14. 6. 2014

1100 Wien  
Troststraße 68-70  
Pernerstorferhof  
Eingang Herzgasse

Do./Fr. 10.00 - 18.00 h  
Sa. 9.00 - 13.00 h



**Bücherflohmarkt der KPÖ-Favoriten!**